

# Salzburger Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung für Österreich

Nummer 293 ★ 40. Jahrgang

Mittwoch, 19. Dezember 1984

Tel. 0 66 2 77 5 91-0 Preis Lit. 1100,- sfr 1,70; DM 1,70 S 6,-

## Alpentälern droht Gefahr

MÜNCHEN (dpa). Die deutsche Zeitschrift „Natur“ berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe, das um sich greifende Waldsterben drohe die Alpentäler in den kommenden Jahren unbewohnbar zu machen, da nach Absterben der Bäume Schnee-, Stein- und Schlammlawinen zunehmen müßten. Schon jetzt seien 80% der Bäume an den bayerischen Gebirgshängen krank oder tot. Die Gefahr von Berggrutschen vor allem an den erosionsgefährdeten Steilhängen könne durch rechtzeitige Pflanzung schnellwachsender Gehölzarten mit tiefen Wurzeln gemindert werden, bis neuer Schutzwald herangewachsen sei. Die Rettung der Alpentäler werde bis 1990 zwischen 35 und 70 Mrd. S kosten. Schon 1985 benötige man 5,3 Mrd. S.

## Gorbatschow fordert Entspannungspolitik

Wortwechsel mit Kreml-Kronprinz im britischen Unterhaus

LONDON (AFP, dpa). Der „zweite Mann“ im Kreml, Gorbatschow, erklärte Dienstag vor dem außenpolitischen Ausschuss des britischen Unterhauses, die Sowjetunion sei bereit, ihre atomare Rüstung „auf die radikalste Weise zu reduzieren“. Es liege jetzt an den USA, „eine Geste zu machen und eine realistische Haltung einzunehmen, die wirkliche Verhandlungen ermöglicht“. Durch das Streben nach militärischer Überlegenheit werde die durch die Entspannungspolitik erfolgreich gebannte Kriegsgefahr wieder heraufbeschworen. Gorbatschow kritisierte jene, die von der Möglichkeit eines „begrenzten Atomkrieges“ sprächen. Diese seien „Gefangene überholter Stereotypen aus der Periode, als Krieg zwar ein großes Laster war, aber im Gegensatz zu heute nicht die gesamte Menschheit mit Auslöschung bedrohte“.

Dies seien nicht Zugeständnisse einer Seite an die andere gewesen. „Hier zeigte sich Realismus, der darauf beruhte, daß die gegenseitigen Interessen der Länder unterschiedliche Gesellschaftssysteme berücksichtigen würden. Hier zeigte sich die allgemeine Einsicht, daß man seine eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer aufbauen kann.“

Als ein konservativer Abgeordneter Gorbatschow nach den Einschränkungen der Religionsfreiheit in der UdSSR fragte, reagierte der sowjetische Politiker scharf: „Sie regieren Ihre Gesellschaft und überlassen es uns, unsere zu regieren.“ Dann ging Gorbatschow bei diesem gereizten Wortwechsel selbst zum Angriff über: „Ich kann ein paar Fakten über die Menschenrechte in Großbritannien zitieren - beispielsweise verfolgen Sie ganze Gemeinschaften und Nationalitäten.“ Gorbatschow spielte auf Nordirland, den Bergarbeiterstreik und die hohe Arbeitslosenzahl in Großbritannien an.

Die UN-Vollversammlung forderte Dienstag die USA und die UdSSR auf, die 1983 abgebrochenen Abrüstungsgespräche wieder aufzunehmen. Die beiden Supermächte sollten „aktiv auf die Verstärkung des gegenseitigen Vertrauens hinarbeiten“.

## Kampf gegen das Kindersterben

UNICEF startet neue Aufklärungskampagne

NEW YORK (dpa). Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) wies in einem in der Nacht auf Mittwoch veröffentlichten Bericht darauf hin, daß durch vier billige und einfache Maßnahmen jährlich Millionen von Kindern vor dem Tode bewahrt werden könnten. Im Kampf gegen die Kindersterblichkeit werde es dadurch möglich, „eine Revolution auszulösen und mindestens die Hälfte jener 40.000 Kinder zu retten, die heute täglich sterben“.

UNICEF nannte folgende Maßnahmen: Überwachung des Wachstums des Kindes, um falsche Ernährung rechtzeitig erkennen zu können; das Stillen, durch das das Neugeborene in den ersten sechs Monaten mit der bestmöglichen Nahrung versorgt werde; die Impfung gegen sechs weit verbreitete Krankheiten, denen heute noch viele Kinder zum Opfer fielen; ein einfaches Mittel gegen den Verlust von Wasser und Mineralien bei Durchfallerkrankungen. Allerdings machten erst 15 Prozent aller Familien von diesen Methoden Gebrauch.

### Fernes Ziel

MANAGUA (AFP). Das sandinistische Regierungsmitglied Tirado erklärte Montag in Managua, mit der Errichtung des Sozialismus in Nicaragua sei in naher Zukunft nicht zu rechnen. Sozialismus sei nur mit Hilfe einer „starken Industrie, gut geschul-

setzungen fehlten Nicaragua. Zudem sei die Entwicklungsmöglichkeit des Landes durch das Erbe der Diktatur Somoza, die Weltwirtschaftskrise und die US-Aggression eingeschränkt.

CHINAS Außenminister Wu Xueqian begrüßte Dienstag in Peking die britische Ministerpräsidentin Thatcher, die in der chinesischen Hauptstadt das Abkommen über die Zukunft der britischen Kolonie Hongkong unterzeichnen will.

Laut IIN-Ernährungs- und Land-



Das Volksbegehren wird nicht abgewartet

Bundeskanzler Fred Sinowatz sagte Dienstag nach dem Ministerrat, eine Verzögerung des Baubeginnes beim Kraftwerk in Hainburg würde erhebliche Kosten verursachen und außerdem zahlreiche Arbeitsplätze in den betroffenen Betrieben gefährden.

Funkbild: SN/AP

## K-Sekte hinterläßt Riesenvermögen

„Kommunistischer Bund Westdeutschland“ löst sich auf

FRANKFURT (dpa). Die in Frankfurt erscheinende Alternativzeitung „Pflasterstrand“ meldete Dienstag, der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) löse sich als politische Organisation im Februar auf. Die in den siebziger Jahren mit radikalen Aktionen bekanntgewordene K-Gruppe, die nach Erkenntnissen des deutschen Verfassungsschutzes 300 Mitglieder zählt, hinterlasse ein Vermögen von 63 Mill. S. Dieses Vermögen stecke u. a. in einem Verwaltungsgebäude in Frankfurt sowie in Häusern in Hamburg und Berlin. Nach den Informationen der Alternativzeitung soll die Gesellschaft, die bislang das Vermögen der K-Sekte verwaltet hatte, von drei Vereinen abgelöst werden, die die Verwaltung des Gesamtvermögens übernehmen sollen.

### Positive Bilanz

BUENOS AIRES (dpa). Argentinens Präsident Alfonsín bezeichnete in der Nacht auf Dienstag in einer Fernsehrede die Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds zur Regelung der Auslandsschuld und das Grenzabkommen mit Chile als zwei entscheidende Pluspunkte seines ersten Amtsjahres. Obwohl damit die

politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens erheblich begünstigt worden sei, leide das Land noch immer unter dem schweren Erbe einer jahrelangen Militärdiktatur. (Kommentar S. 3.)

### Krise in Israel

JERUSALEM (AFP, dpa). Durch den Austritt der kleinen religiösen „Schass“-Fraktion aus der Regierung geriet Israels große Koalition Dienstag in eine ernste Krise. Grund dafür war die strittige Frage der Besetzung zweier Ministerien, die von drei Parteien, darunter der „Schass“, beansprucht wurden. (Kommentar S. 3.)

## Nachrüstung ist rechtens

Verfassungsgericht entscheidet gegen deutsche Grüne

Telex unseres Korrespondenten

BONN (SN-ck). Das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wies Dienstag eine Klage der Grünen gegen die Zustimmung der Bonner Regierung zur Nachrüstung der NATO 1983 zurück. Die Bundesregierung sei berechtigt gewesen, die Stationierung amerikanischer „Per-

shing-2“-Raketen und Marschflugkörper zu genehmigen, ohne zuvor im Parlament ein entsprechendes Gesetz zu beantragen. Die Entscheidung für die Stationierung sei in die Kompetenz der Regierung gefallen, also mit dem Grundgesetz vereinbar.

Schon Ende 1983 hatte das Gericht mehrere Anträge zurückgewiesen, die die Aufstellung der Raketen durch eine einstweilige Verfügung verhindern sollten. Die Kläger hatten behauptet, die Raketen seien eine akute Bedrohung des Lebens der Bundesbürger und verstießen gegen Verfassungsrechte. Seinerzeit hatten die Richter festgestellt, die Bedrohung für die Bürger der Bundesrepublik gehe nicht von den amerikanischen, sondern allenfalls von den sowjetischen Raketen aus.

### Luftpiraten vor Gericht

TEHERAN (dpa). Der oberste iranische Staatsanwalt, Hodschatolislam Mir-Emadi, erklärte Dienstag in Teheran, die vier arabischsprachigen Luftpiraten, die sich am 9. Dezember den iranischen Sicherheitskräften in Teheran ergeben hatten, würden vor ein islamisches Gericht gestellt und

## UNO setzt sich für Hungernde ein

150 Millionen Afrikaner brauchen 1985 6,1 Mill. t Nahrungsmittelhilfe

NEW YORK (Reuter, dpa). UN-Generalsekretär Perez forderte Montag bei der Eröffnung einer UNO-Konferenz über die katastrophale Lage in Afrika mehr Hilfe für die Opfer der Hungersnot in Afrika. Die 21 am ärgsten von der Dürrekatastrophe betroffenen Staaten brauchten 1985 rund 6,1 Mill. t Lebensmittel, 40% mehr als 1984. Dies sind 39 kg Nahrungsmittelhilfe für jeden der 150 Millionen Afrikaner, denen Unterernährung oder Hungertod drohen, bzw. 13 kg Lebensmittelhilfe für jeden der 480 Millionen Einwohner des schwarzen Kontinents.

Die in Paris erscheinende Zeitung „International Herald Tribune“ meldete Dienstag unter Berufung auf westliche Diplomaten, die äthiopische Luftwaffe habe Anfang Dezember Flüchtlinge oder Dürreopfer bombardiert, die versucht hatten, in den Sudan zu flüchten. Das Bombardement habe 18 Todesopfer gefordert. Ein französischer Arzt bestätigte, er habe an der sudanesisch-äthio-

pische Flüchtlinge, und täglich kämen neue hinzu.

### Mehr Gehalt für UN-Chef

NEW YORK (APA). Montag wurde bekannt, daß der Budgetausschuß der UN-Generalversammlung das Basisgehalt von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar um eine halbe Million S auf umgerechnet 3,5 Mill. S erhöht hatte. Vergangene Woche hatten 2000 UN-Angestellte in New York aus Protest gegen geplante Gehaltskürzungen für eine Stunde gestreikt. Die Supermächte USA und UdSSR, die gemeinsam 38% des IIN-Budgets